



Die neue Ökonomie der Sicherheit

Mehr Geld für Panzer und Raketen ist erst der Anfang. Wer **Sicherheit** will, muss auch industrielle Basis, Lieferketten und technologische Souveränität neu denken. Verteidigungsfähigkeit wird damit auch zu einem wirtschaftlichen Projekt – mit großen Chancen für Innovation und Wachstum.

VON ARNE JOHANNSEN

Und jetzt also auch noch der Iran. Als ob die Kriege in der Ukraine, in Gaza und die Gefechte im Grenzgebiet zwischen Pakistan und Afghanistan nicht genug des Militärischen wären. Und dann auch noch der Klimawandel, die dahindümpelnde Konjunktur, die Deindustrialisierung Europas, die hohen Energiepreise, die mangelnde Verteidigungsfähigkeit, die in vielen Ländern wackelige Demokratie – es ist, als hätte die Krise in den Dauermodus geschaltet, vom Ausnahme- zum Normalzustand.

FOTOS: ISTOCKPHOTO, APA-IMAGES/PROFIL/ALEXANDRA UNGER

Vor allem Europas Sicherheit ist zuletzt in den Vordergrund gerückt. Nach Russlands Angriff auf die Ukraine und seit sich die USA zunehmend als unberechenbarer Partner erweisen, beherrscht die Wehrhaftigkeit Europas den politischen Diskurs. Mit ersten Konsequenzen: Europa rüstet auf. Nicht aus Begeisterung, sondern getrieben von einer veränderten Welt. Nach Jahrzehnten, die vom Glauben an das Gute und den Sinn einer friedlichen Koexistenz geprägt waren, wird Verteidigung wieder Kern staatlicher Daseinsvorsorge.

MILLIARDEN FÜR DIE RÜSTUNG. Die steigenden Ausgaben für Panzer, Raketen und Drohnen sprechen eine deutliche Sprache: Vergangenes Jahr gaben die EU-Mitgliedstaaten zusammen erstmals über 300 Milliarden Euro für Verteidigung aus – ein Zuwachs von mehr als 25 Prozent innerhalb von drei Jahren.

Das Problem dabei: Geld allein gewinnt keine Kriege. Neben Milliarden braucht es vor allem Einigkeit – was in der EU ein noch knapperes Gut ist als Finanzen. Denn um volle Wirkung zu entfalten, müssen Systeme aufeinander abgestimmt sein. Um Mittel möglichst effizient einzusetzen, müssen Beschaffung und Einkauf koordiniert werden.

Was noch dazu kommt: Bei der Verteidigungsfähigkeit geht es längst nicht mehr nur um Panzer und Kampffjets. Militärische Stärke ist nur ein Aspekt von Sicherheit, das große Thema heißt Resilienz. Es geht um Cyberabwehr, Satellitenkommunikation, Energiesicherheit, stabile Lieferketten – und nicht zuletzt um gesellschaftlichen Zusammenhalt. Resilienz bedeutet: Angriffe aushalten, Kommunikations- und Energiesysteme stabilisieren, flexibel reagieren.

ZIVILGESELLSCHAFT GEFORDERT. Nur von der Politik allein werden diese Herausforderungen nicht zu meistern sein. „Wenn politische Systeme an ihre Grenzen stoßen oder Reformen nur schleppend vorankommen, ist die Zivilgesellschaft gefordert, Verantwortung zu übernehmen“, sagt deshalb auch Anwalt Martin Schiefer, Experte für Vergaberecht, der sich über reine Paragraphen hinaus für gesellschaftliche Belange engagiert. Seine Forderung: „Unternehmen, Forschungseinrichtungen, wir alle müssen initiativ werden und aktiv an Lösungen arbeiten und diese auch umsetzen.“ Dazu gehört auch, den politischen Entscheidungen den Rücken zu stärken für unpopuläre Entscheidungen (siehe Interview Seiten 96–97).

Ein aktuelles Beispiel dafür ist die Diskussion um die Verlängerung der Wehrpflicht. Für den Militäranalytiker Franz-Stefan Gady geht es dabei nicht nur um die Frage der Dauer, er nimmt auch die Gesellschaft in die Pflicht. Die Berührungsgängste gegenüber dem Thema Krieg sind für ihn „ein großes, wenn nicht das größte Problem für die militärische Sicherheit Europas“. Es brauche daher

Raus aus der Abhängigkeit

EUROPA FIRST – das ist der Grundgedanke des neuen „Industrial Accelerator Acts“ der EU-Kommission. Im Kern geht es darum, bei der Vergabe öffentlicher Aufträge europäische Produkte und Technologien zu bevorzugen. Dabei geht es immerhin um Aufträge im Wert von 2.000 Milliarden Euro jährlich. So sollen zum Beispiel Leitmärkte für emissionsarme Schlüsselprodukte geschaffen werden. Bei ausländischen Investitionen in grüne Technologien, die hundert Millionen Euro übersteigen, sind Partnerschaften mit europäischen Unternehmen zwingend, was vor allem den Know-how-Transfer aus China beflügeln soll.

dringend ein anderes gesellschaftliches Mindset: „Wir müssen uns in Europa wieder mit dem Gedanken anfreunden, unsere Streitkräfte als Instrumente der Gewalt und unsere Soldaten als Kämpfer zu betrachten“, so der Associate Fellow am International Institute for Strategic Studies, der zu moderner Kriegsführung, Militärtechnologie und europäischen Streitkräften forscht.

Eindeutig ist für ihn aber auch: „Sechs Monate Grundwehrdienst sind aus militärischer Sicht sehr kurz.“ Denn die moderne Kriegsführung sei komplexer geworden: Drohnen, digitale Kommunikation, Präzisionswaffen und vernetzte Gefechtsführung verlangten deutlich mehr Ausbildung als früher. „Es dauert Monate, bis ein Soldat grundlegende Fähigkeiten beherrscht. Wenn ein Großteil dieser Zeit bereits mit Basisorganisation und Ausbildung vergeht, bleibt wenig übrig für echte Einsatzfähigkeit.“

Und die Frage der Neutralität? Die sieht Gady pragmatisch: „Neutralität schützt nicht automatisch, sie ist keine Sicherheitsgarantie. Neutralität muss militärisch abgesichert werden.“ Das bedeutet: „Ein Staat muss glaubwürdig zeigen können, dass er sein Territorium verteidigen kann.“

WAFFEN VS. ESG. Ein Bekenntnis zu mehr Sicherheit und höheren Verteidigungsausgaben hat auch wirtschaftliche Implikationen – irgendwoher muss ►

Eine protektionistische Politik bringt gesamtwirtschaftlich mehr Schaden als Nutzen.“

Monika Köppl-Turyna,
Wirtschaftswissenschaftlerin



► das Geld dafür kommen. Eine Hürde dabei: Als ESG-Kriterien für Investmentfonds definiert wurden, war Waffenproduktion eindeutig „pfui“. Mittlerweile gilt der Aufbau einer eigenen europäischen Rüstungsindustrie als wichtige Voraussetzung für Resilienz, womit die Diskussion über eine Anpassung der ESG-Kriterien eröffnet ist.

Das Beispiel zeigt: Verteidigungsfähigkeit ist mehr als nur Aufrüstung, sie schließt auch Finanz-, Industrie- und Technologiepolitik mit ein. Das macht es nicht gerade einfacher, bietet aber auch Chancen. „Verteidigungsfähigkeit kann zu einem echten europäischen Wachstumstreiber werden“, heißt es in einer Studie des Beratungsunternehmens Deloitte. „Das setzt allerdings voraus, dass sie nicht durch isolierte Rüstungsprogramme verfolgt wird, sondern im Rahmen einer integrierten Modernisierungsstrategie entlang der gesamten Wertschöpfung.“ Für die Deloitte-Experten gehören dazu gemeinsame Standards, koordinierte Beschaffung, skalierbare Industriekapazitäten, robuste Lieferketten, belastbare Daten- und Cyberfähigkeiten sowie Qualifizierung.

Aktuell weise Europa zwar in Branchen wie Maschinenbau, Halbleitertechnologie, Softwareentwicklung, Robotik und Automatisierung bemerkenswerte technologische und industrielle Exzellenz auf, doch fehle es oft an einer Systemintegration. Fazit der Studie: „Industrie, Technologie und Lieferketten müssen als Gesamtarchitektur orchestriert werden. Verteidigungsfähigkeit heißt mehr, als nur Ausrüstung zu beschaffen.“

HISTORISCHE AUFRÜSTUNG. Es geht dabei um viel: Nach Berechnungen der Unternehmensberatung McKinsey könnten die jährlichen Verteidigungsausgaben der europäischen NATO-Staaten bis 2030 auf rund 800 Milliarden Euro steigen. Das wären etwa 300 Milliarden Euro mehr als 2025. Auch die McKinsey-Experten sehen darin ein gewaltiges Konjunkturpaket – wenn man es richtig nutzt. „Die zentrale Aufgabe besteht jetzt darin, industrielle Kapazitäten, Beschaffungssysteme und technologische Modernisierung parallel zu beschleunigen“, so Senior Partner Björn Hagemann, „technologische Modernisierung und industrielle Skalie-



EUROPA RÜSTET AUF. Test von Artilleriemunition im neuen Rheinmetall-Werk in der Nähe von Hannover in Deutschland. Die klare Vorgabe: weniger Abhängigkeit durch mehr eigene Waffenproduktion in Europa.

rung müssen eng miteinander verzahnt werden. Nur wenn beides gleichzeitig voranschreitet, lassen sich Innovationen schnell in einsatzfähige Fähigkeiten überführen.“

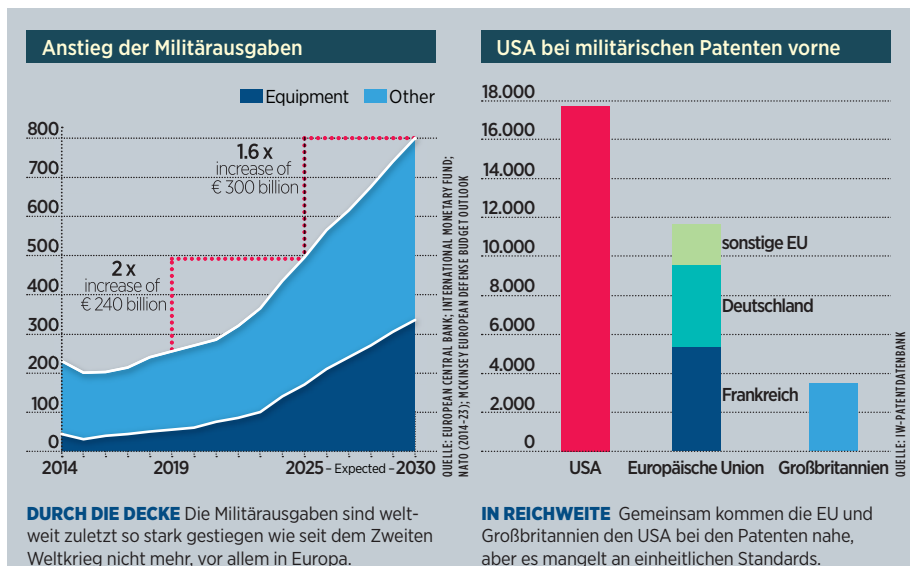
Eine zentrale Rolle auf dem Weg zu mehr Resilienz spielen also Beschaffung und Auftragsvergabe. Stolze 2.000 Milliarden Euro an öffentlichen Aufträgen werden jährlich EU-weit vergeben, allein in Österreich sind es mehr als 70 Milliarden. Aber noch würde ein erheblicher Anteil zentraler Systeme weiterhin außerhalb Europas beschafft, was die strategische Resilienz einschränke und industrielle Abhängigkeiten verlängere, kritisiert Hagemann.

Das Rezept heißt also „Buy European“. Klingt überzeugend, wirft aber neue Fragen auf. Europa, auch Österreich, ver-

dankt seinen Wohlstand dem Verkauf von Produkten und Dienstleistungen in alle Welt – und soll sich jetzt abschotten? Kann das gut gehen?

„Resilienz bedeutet nicht Abschottung, sondern Gestaltungsmacht“, sagt dazu Vergaberechts- und Technologieexperte Schiefer, „also die Fähigkeit, kritische Technologien selbst zu entwickeln, zu betreiben und zu regulieren – und damit Innovationskraft, Sicherheit und Wettbewerbsfähigkeit langfristig zu sichern.“

ACHTUNG PROTEKTIONISMUS. Wirtschaftsprofessorin Monika Köppl-Turyana sieht das ähnlich. „Ich sehe die Gefahr, dass der politisch aufgeladene Resilienz-Begriff aktuell leicht in protektionistische Politik kippt, die gesamtwirtschaftlich mehr Schaden als Nutzen erzeugt“,





STREITFALL GLOBALER HANDEL. Mehr Unabhängigkeit Europas darf nicht zu mehr Protektionismus führen, warnen Ökonomen. Eine Einschränkung des internationalen Handels würde Wohlstand kosten.

so die Direktorin des Instituts Eco Austria. Nearshoring und das pauschale Zurückholen von Produktion nach Europa seien ein gefährlicher politökonomischer Pfad, der über steigende Kosten Wohlstand mindert. Köppl-Turyna: „Das Anstreben einer europäischen Autarkie bei kritischer Infrastruktur und Rüstung mag politisch verständlich sein, ist aber ökonomisch teuer.“

Wie aber Aufträge bevorzugt an europäische Unternehmen vergeben und gleichzeitig den internationalen Handel nicht beeinträchtigen? „Handel bleibt sinnvoll, solange Abhängigkeiten reduziert werden“, so die Ökonomin. Die Ukraine-Krise habe ja deutlich gezeigt, wie gefährlich es sei, etwa bei der Energie von autokratischen Lieferanten abhängig zu sein. Breite Diversifikation der Lieferanten und Partnerländer sei eine ökonomisch robuste Lösung, Handelsabkommen etwa mit Mercosur und Ostasien der richtige Weg. Köppl-Turyna: „Ziel muss

es sein, verlässliche Marktverbindungen zu stärken und politische Risiken zu senken, ohne generell Beziehungen zu nicht-europäischen Regionen abzuschneiden.“

Diese Handelsstrategie ist für die Ökonomin aber nur ein Teil der Lösung: „Statt erzwungener Souveränität ist es besser, Rahmenbedingungen für Wettbewerbsfähigkeit, Innovation und Kapitalmarktintegration zu verbessern sowie ein unternehmerisches Mindset zu fördern.“ Länder wie Schweden und die Niederlande würden zeigen, wie flexible Arbeitsmärkte und eine Förderung von Reinvestitionen, etwa auch von Gründer-Exits, Technologiehubs mit viel Know-how und Dynamik entstehen lassen.

KAPITALUNION NOTWENDIG. In Sektoren mit hohen Anfangsinvestitionen wie dem Ausbau der Stromnetze oder dem Aufbau einer Wasserstoffinfrastruktur seien staatliche Eingriffe und Förderungen gerechtfertigt, ansonsten plädiert Köppl-Turyna mit Nachdruck für die Verwirklichung der Kapitalmarktunion

als entscheidenden Hebel, um Europas Wettbewerbsfähigkeit zu stärken. „Europas Schwachstelle ist der Mangel an privatem Eigenkapital“, so die Ökonomin, „der Aufbau einer Kapitalmarktunion und die Stärkung einer kapitalgedeckten zweiten und dritten Säule der Altersvorsorge würden große institutionelle Mittel mobilisieren, was Innovationen begünstigt.“

Was sie damit unterstreicht: Resilienz beschränkt sich nicht auf militärische Verteidigung. Gerade auch Unternehmen sind gefordert und tragen Verantwortung, Europa widerstandsfähiger zu machen. Und sie tun es auch in zunehmendem Maße. So hat die Vienna Insurance Group (VIG) mit ihrem Cyber Defence Center (CDC) ein umfassendes Sicherheitsprogramm gestartet, um sich gegen die wachsenden Bedrohungen von Cyberangriffen zu schützen. Und das ohne Grenzen im Kopf: Bei dem von der EU geförderten Projekt geht es um die Datensicherheit von Kunden in 25 Ländern.

ABGESICHERTE KOMMUNIKATION. Auch im Bereich der digitalen Souveränität gibt es erfolgreiche Initiativen. So ist das neue zentrale Content Management Center des ORF mit mehrfach redundanten Netzwerken ausgestattet. „Cybersicherheit und Ausfallsicherheit sind oberstes Gebot“, betont Harald Kräuter, ORF-Direktor für Technik und Digitalisierung, schließlich sei der ORF mit seinen Informationskanälen Teil der kritischen Infrastruktur.

In dieselbe Richtung gehen Initiativen wie „AT-Alert“, bei der in Kooperation mit den Mobilfunk-Betreibern das bestehende 5G-Netz genutzt wird, um Warnungen an alle Handynutzer einer bestimmten Region zu senden. Ein leistungsfähiges und stabiles Netz ist zudem von zentraler Bedeutung für die Kommunikation zwischen Einsatzkräften und die Steuerung von kritischer Infrastruktur von der Energie bis zum Verkehr.

Für den Vergaberechtsexperten Martin Schiefer sind das alles „Beispiele, die Mut machen und zeigen, was möglich ist“. Für ihn steht jedenfalls eines außer Frage: „Stillstand ist keine Option. Wenn wir die Zukunft gestalten wollen, müssen wir aktiv werden – als Unternehmen, als Gesellschaft und als Individuen.“



Sechs Monate Grundwehrdienst sind aus militärischer Sicht sehr kurz.“

Franz-Stefan Gady,
Militärexperte



„Verantwortung übernehmen statt Stillstand beklagen“

Vergaberechtsexperte **Martin Schiefer** sieht angesichts multipler Krisen die Zivilgesellschaft gefordert – nicht aus Verlegenheit, sondern als große Chance, gemeinsam Zukunft zu gestalten. Öffentliche Aufträge spielen dabei eine wichtige Rolle, wie auch die EU mittlerweile erkannt hat.

TREND: Kriege, Klima, schwächelnde Wirtschaft, Europa unter Druck: Die Krise wird vom Ausnahme- zum Dauerzustand. Bleibt da nur Resignation?

MARTIN SCHIEFER: Tatsächlich befinden uns in einer Phase multipler Krisen: von der Klimawende über Handelskonflikte, wirtschaftliche Abschwächung und steigende Kosten bis hin zu strukturellen Fragen im Gesundheits- und Pensionssystem. Gleichzeitig erleben wir

eine zunehmende Verunsicherung in der Bevölkerung. Viele Menschen blicken mit Sorge in die Zukunft. Da ist die Versuchung groß, den Kopf in den Sand zu stecken. Aber genau das ist der falsche Weg, denn wer den Kopf in den Sand steckt, kann die Zukunft nicht sehen. Gerade deshalb ist es entscheidend, nicht in Resignation zu verfallen. Es gibt konkrete Lösungen für viele dieser Herausforderungen – man muss allerdings bereit sein, Dinge neu zu denken.

Was bedeutet das konkret? Neu denken heißt, eingefahrene Muster zu hinterfragen. Wir brauchen ein offenes Mindset und die Bereitschaft, neue Wege zu gehen – in Wirtschaft, Gesellschaft und auch im Vergaberecht.

Aber ist da nicht in erster Linie die Politik gefordert? Verantwortung ausschließlich an Politik oder Institutionen zu delegieren, ist mir zu einfach. Seien wir ehrlich: Die großen Zukunftsfragen

sind überaus komplex und lassen sich nicht allein von staatlicher Seite lösen. Das bedeutet, dass jeder und jede Einzelne Verantwortung dafür trägt, wie wir in Zukunft leben werden und wie sich Österreich weiterentwickelt.

Wenn nicht die Politik, wer dann?

Wenn politische Systeme an ihre Grenzen stoßen oder Reformen nur schleppend vorankommen, ist die Zivilgesellschaft gefordert, Verantwortung zu übernehmen. Unternehmen, Forschungseinrichtungen, wir alle müssen initiativ werden und aktiv an Lösungen arbeiten und diese auch umsetzen. Das ist der eine Aspekt. Der andere ist, dass wir vor notwendigen, aber unpopulären Entscheidungen stehen, die durchaus auch schmerzhaft sein werden. Hier ist die Zivilgesellschaft – also wir alle – gefordert, den Entscheidungsträgern den Rücken zu stärken für mutige Entscheidungen und um den Stillstand zu überwinden.

Klingt gut, aber wie kann das umgesetzt werden? Bewährte Regeln werden bewusst gebrochen, immer häufiger wird die Vernunft außer Kraft gesetzt, was wir für selbstverständlich gehalten haben, gilt plötzlich nicht mehr. Die Welt ist in gewisser Weise aus den Fugen geraten. Um diese Herausforderungen zu bewältigen, muss jeder und jede Einzelne einen Beitrag leisten. Und jeder und jede kann das auch, kann einen Beitrag leisten, um unser Land wieder nach vorne zu bringen und die großen Herausforderungen unserer Zeit lösen. Dazu gehört auch Ermutigung. Deshalb holen wir als Kanzlei mit den jährlichen „Schiefer Awards“ ja bewusst Leuchtturmprojekte und positive Initiativen vor den Vorhang und geben ihnen eine Bühne. Denn gerade in Zeiten, in denen Krisen dominieren, brauchen wir Orientierung und Mutmacher.

Eines der zentralen Themen Europas heißt Resilienz. Wie lässt sich diese fördern? Österreich ist ein Exportland, Europa ein Exportkontinent. Der Verkauf von Waren und Dienstleistungen in die ganze Welt hat uns Wohlstand und Lebensqualität gebracht. Aber es hat uns auch verwundbar gemacht, wie die Coronapandemie und jetzt die Zoll-Erpressungen zeigen. Die

ZUR PERSON.

Martin Schiefer ist Gründer der auf Vergaberecht spezialisierten Kanzlei Schiefer Rechtsanwälte mit rund 50 Mitarbeitenden an sechs Standorten in ganz Österreich. Sein spezieller Ansatz: über die Paragraphen hinaus in wirtschaftlichen Zusammenhängen zu denken und die nachhaltige Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft voranzutreiben. Dazu gehört auch die jährliche Vergabe der „Schiefer Awards“ an Persönlichkeiten, die Lösungen neu denken und diese auch umsetzen.

Antwort darauf kann nur heißen: mehr und bewusst industrielle Kooperationen, mehr Zusammenarbeit von Unternehmen innerhalb Europas.

Wie kann ein Fahrplan zu mehr

Resilienz aussehen? Das Ziel muss grundsätzlich eine Verringerung der Abhängigkeit von ausländischen Unternehmen und Staaten sein. Entscheidend ist, in Krisen handlungsfähig zu bleiben, also kritische Infrastruktur aufrechtzuerhalten, Lieferketten zu schützen und Kommunikationskanäle zu sichern. Dafür müssen wir Europas Industrie stärken und Innovationen fördern.

Klingt ziemlich nach Protektionismus, obwohl gerade Europa ein Hauptprofiteur des freien Welthandels ist. Resilienz bedeutet nicht Abschottung, sondern Gestaltungsmacht. Also die Fähigkeit, kritische Technologien selbst zu entwickeln, zu betreiben und zu regulieren – und damit Innovationskraft, Sicherheit und Wettbewerbsfähigkeit langfristig zu sichern. Der European Defense Fund und der Industrial Accelerator Act sind wichtige Instrumente, aber sie müssen auch sinnvoll eingesetzt werden. Beschaffung und Auftragsvergabe sind dafür zentrale Hebel.

Welche Rolle kann das Vergaberecht dabei spielen? EU-weit werden jährlich öffentliche Aufträge im Wert von rund 2.000 Milliarden Euro vergeben, allein in Österreich sind es mehr als 70 Milliarden. Das ist nicht nur enorm viel Geld, sondern einer der stärksten Hebel überhaupt – wenn man ihn richtig nutzt.

Was läuft derzeit falsch? Zu oft dominiert bei öffentlichen Auftragsvergaben

das Billigstbieterprinzip. Das mag kurzfristig Kosten sparen, führt aber langfristig in eine Sackgasse – wirtschaftlich wie gesellschaftlich. Den billigsten Preis können wir uns nicht mehr leisten.

Wie ginge es besser? Wir müssen die Auftragsvergabe neu denken und als strategisches Instrument zur Gestaltung der Zukunft begreifen. Das heißt, stärker auf den tatsächlichen Wert eines Projekts zu schauen. Also zu fragen, ob durch eine Auftragsvergabe Innovationen angestoßen oder Lieferketten resilienter werden, ob regionale oder europäische Wertschöpfung erzielt, ob internationale Abhängigkeit verringert wird, ob ökologische Ziele unterstützt werden. Das sind die zentralen Fragen, um Europas Gestaltungsmacht und Resilienz zu stärken.

Welche Veränderungen sind dafür notwendig? Es geht um eine Veränderung des Mindsets. Nämlich öffentliche Ausgaben nicht in erster Linie als reine Kosten zu betrachten, sondern als Investitionen in die Zukunft. Und wir brauchen ein neues Verständnis von Partnerschaft und Kooperationen, sowohl zwischen Staaten als auch zwischen Unternehmen. Wir denken noch viel zu oft in Gegensätzen – Auftraggeber gegen Auftragnehmer, Unternehmen gegeneinander statt miteinander. Dabei liegt die Zukunft in Partner- und Risikogemeinschaften, die gemeinsam Lösungen entwickeln. Worauf wir uns nicht einlassen sollten, ist eine Relativierung unserer verbindlichen Umwelt- und Menschenrechts-Standards. Ein „race to the bottom“ stärkt nicht den Wettbewerb, sondern schwächt nur uns als Wertegemeinschaft. Doch dafür braucht es Mut – und die Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen.

Ihr persönliches Fazit? Stillstand ist keine Option. Wenn wir die Zukunft gestalten wollen, müssen wir aktiv werden – als Unternehmen, als Gesellschaft und als Individuen. Und ja, jeder kann etwas beitragen. Die deutsch-iranische Journalistin Natalie Amiri hat das bei der Verleihung der Schiefer-Awards wunderbar ausgedrückt: „Wir können immer ein bisschen mutiger sein, als wir denken.“